Sozialdemokratischer Pressedienst

Berlin, den 16.Febr.1933.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Arbeiterpartei?

Die NSDAP an der Macht.

SPD. Es ist eine alte Volksweisheit, dass es nicht auf das Fass ankommt, sondern auf den Wein; nicht auf das Aushängeschild, sondern auf den Inhalt. Seit Jahren hat die Sozialdemokratie immer wieder die Arbeiter und Angestellten und die Massen des ringenden und leidenden Volkes eindringlich gewarnt, sich nicht täuschen und irreführen zu lassen durch die tönenden Worte und das schön gestrichene Firmenschild der Hitler-Partei. "National-Sozialistische-Arbeiterpartei" ist ihr bombastischer Titel, und was die Bibel den Mühseligen und Beladenen für das Reich Gottes verheissen hat, das versprach diese "Arbeiterpartei" bereits für das Dritte Reich. Wie einmal das Lamm neben dem Löwen friedlich beieinander grasen werden, so soll unter der Herrschaft Adolf Hitler kein politischer Unterschied sein, kein wirtschaftlicher und kein sozialer zwischen Landarbeiter und Grossgrundbesitzer, zwischen den Baronen und den Kleinbauern, zwischen Prinz und Arbeiter, zwischen Auwi von Hohenzollern und dem Bergmann Schmidt. So hiess es in den Versammlungen und in den Naziblättern.

Schneller aber als die Schneeblumen verblühen, war die Schönheit dieses Programms dahin. Noch lockt die alte Reklame, doch die Buchstaben sind verblasst und nur noch ein Hohn auf die Versprechungen und Verheissungen. Jeder neue Tage lehrt es neu, jeder weitere Tag Hitlerregierung prägt es deutlicher. Mit den Baronen und Freiherren, mit denen sich die Führer dieser sonderbaren "Sozialistischen Arbeiterpartei" in eine Regierung setzten, fing es an, mit der Vertuschung des Osthilfepanamas und der Verschleuderung von Hunderten von Millionen Mark Staats- und Steuergelder an die ostelbischen Grussgrundbesitzer ging es fort. Eine Woche später hatten sie bereits ihre Zollerhöhungen. Das Volk bezahlt sie mit der Verteuerung von Fleisch und Schmalz. Schnurstracks wird diese "sozialistische Arbeiterpolitik" von der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg weitergeführt.

Am Montag wurden in Preussen die noch von dem Kanzler des Herrenklubs übriggelassenen höheren republikanischen und sozialdemokratischen Beamten aus ihrer Ämter enthoben. Zum grössten Teil waren es ehemalige Arbeiter und Gewerkschaftler, hochgeschätzt von der Bevölkerung, bestbewährt durch treuste Pflichterfüllung. Am Mittwoch wurden ihre Nachfolger ernannt. Hat die "Arbeiterpartei", haben Goering, Frick und Hitler nationalsozialistische Arbeiter an die Stelle der "Marxisten" gesetzt? Es genügt, einige Namen der neuernannten Beamten zu nennen, um wiederum zu beweisen, wie wenig das Aushängeschild mit dem Inhalt und wahren Wesen der Hitlerpartei zu tun hat.

Da ist der neue Berliner Polizeipräsident: Konteradmiral Magnus von Levetzow; da sind die neuen Polizeipräsidenten Kapitän Karl Christiansen, Rittmeister a.D. und Gutsbesitzer Ferdinand von Hiddessen, General a.D. von Westren, der Polizeisonderkommissar für Rheinland-Westfalen Stieler von Haidekamp, sein Chef des Stabes von Oven; da sind der Major a.D. Niederhoff

und der Oberst a.D. Roosen und noch einige Bürgerliche aus dem intimen Kreis des Braunen Hauses. Basta! Arbeiter? Sozialisten? Eine einzige Fehlanzeige! Die sind gut auf der Strasse den Klingelbeutel zu schwingen, zum Drill, zum Posten- und Kohldampfschieben, gegnerische Versammlungen zu sprengen und zu Gefechtsübungen im Gelände und auf der Strasse. Prinz und Arbeiter! Jawohl! Die Prinzen ins Schloss, die Arbeiter in die Gesindestube und wenn es hoch kommt in das Portierhaus. Pensionierte hohe Offiziere und Adelige in die guten und einflussreichen Beamtenposten; Arbeiter und Angestellte dürfen den Steigbügel halten, und wenn ihre Herren und Kommandeure in der Amtlichkeit sitzen, dürfen sie zurück, in die SA-Stube und zur Stempelstelle.

Unter der Herrschaft der "Arbeiterpartei" von Hitler, Goering, Prinz Auwi, Graf Helldorf, Graf Reventlow und General Litzmann verschwindet der letzte Hauch von Sozialismus, von Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Es ist wieder freie Bahn den Prinzen, den Adeligen, dem Grossgrundbesitz und Grosskapital. Der nationale Sozialismus der "Arbeiterpartei" marschiert, so, dass die Adligen und Barone, die "feinen Leute" zu Amt und Würden kommen. Davon, daß den Ärmsten der Armen "in 48 Stunden" geholfen wird, ist es ebenso still geworden wie von der Aufhebung der Zinsknechtschaft, der Zerreissung des Versailler Vertrages und von der Aufhebung der Hunger-Verordnung des Herrn von Papen.

SPD. Der Reichskommissar für das preussische Innenministerium hat die Beurlaubung des Regierungspräsidenten Stieler-Aachen aufgehoben und ihn ersucht die Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Stieler ist Mitglied der Zentrumspartei.

Von den höheren politischen Beamten der preussischen Verwaltung, die der Sozialdemokratie angehören, haben die Kommissare als einzigen den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Bergemann, im Amt belassen. Am Mittwoch hatte Bergemann mit dem kommissarischen Innenminister Goering eine eingehende Aussprache, nach der Goering - wie es in einer amtlichen Meldung heisst - "dem Regierungspräsidenten Bergemann sein volles Vertrauen ausgesprochen" hat. Dass Herr Goering einem "Marxisten", der Bergemann als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei nach der Auffassung der Januar-Parteien doch schliesslich ist, das Vertrauen bekundete, hat in der Öffentlichkeit ebenso überrascht wie die amtliche Feststellung, dass Bergemann sich auf Grund dieses Vertrauensbeweises bereit erklärt hat, sein Amt als Regierungspräsident weiterzuführen. Entgegen der amtlichen Verlautbarung erfahren wir von anderer Seite, dass Bergemann sich Bedenkzeit auserbeten habe. Aber wie dem auch sei, der Fall liegt so, dass sich die zuständigen Instanzen der Sozialdemokratischen Partei schnellstens mit ihm befassen werden.

SPD. Stuttgart, 16.Februar (Eig.Dr.)

Das Landesorgan des württembergischen Zentrums antwortet auf die Stuttgarter Hitler-Rede in seiner Donnerstag-Ausgabe mit folgenden Fragen:

"Hat Herr Hitler vergessen, dass sein Parteifreund Goering am 30.August im Reichstag erklärte: "Zum ersten Male besitzt der Reichstag wieder eine nationale Mehrheit (stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten), die ihn befähigen muss, das deutsche Volk aus drückendster materieller Not und dumpfester seelischer Verzweiflung herauszuführen. Die Tatsache eines nationalen Präsidiums beseelt mich mit der Hoffnung, dass ich mein Amt als Präsident dieses Reichstags ausüben kann, dass die Ehre des Volkes, die Sicherheit der Nation und die Freiheit des Vaterlandes die obersten Leitsterne meines

Handelns sein können" (erneuter stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten).

Weiss Herr Hitler nicht, dass Herr Göring mit dieser Erklärung dem Zentrum ausdrücklich den nationalen Charakter bestätigte?

Hat Herr Hitler vergessen, dass er persönlich und seine Parteifreunde wochenlang mit dem Zentrum verhandelten und dass sie bereit waren, mit diesem Zentrum, das er heute so beschimpft, eine Regierung zu bilden?

Weiss Herr Hitler nicht mehr, dass für das Zentrum bei diesen Verhandlungen die erste Voraussetzung die war, dass an seiner nationalen Zuverlässigkeit kein Zweifel mehr herrschen durfte?

Nun kommt Herr Hitler und erklärt mit Donnerstimme: Niemals werden wir mit dem Marxismus paktieren.

Aber, Herr Hitler, Sie selbst haben wochenlang mit einer Partei verhandelt die sie heute genau so verurteilen und heruntersetzen wie die Parteien das Marxismus. Wo ist denn da Ihre Konsequenz?

Haben Sie es, Herr Hitler, vergessen, dass Ihre Partei in den Verhandlungen mit dem Zentrum erklärte, auch die Zentrumspartei vertrete wertvollste Kräfte des deutschen Volkes? Dass Ihre Partei eingesehen hätte, das Zentrum sei unbesieglich?

Eine weitere Frage: Sie haben, Herr Hitler, das Zentrum der andauernden Bundesgenossenschaft mit dem Marxismus angeklagt. Wissen Sie es nicht, dass das Zentrum seit 1924 in Württemberg mit der Rechten regierte und dass hier die Linke keinen Einfluss auf die Regierung hat?"

Anschliessend warnt das Blatt Adolf Hitler, zu glauben, was seine Presse grosssprecherisch verkündet: "Württemberg grüsst den Volkskanzler." Wir haben erst im April zum Landtag gewählt, und da erhielten Ihre Parteigenossen von 80 Landtagssitzen nur 23. Seither hat sich in der politischen Welt Württembergs nicht viel ereignet, was die Annahme rechtfertigen würde, Württemberg in seiner Glanzheit sei Ihnen zugetan."

Eine besondere Bemerkungen widmet das Blatt dann Herrn Dr. Goebbels, der auch in dieser Versammlung als Conferencier der Rede Hitlers seinen Schmus vorausschickte. Das Blatt schreibt, wenn Goebbels nicht manchmal Worte gebraucht hätte wie "Untermenschentum", "Novemberschmutz", "Novembersystem", dann hätte man annehmen können, ein Jahrmarktsredner lege sein Berufsexamen ab. Von Hitlers Rede prophezeite er, "man werde erfahren, was der Nationalsozialismus zu tun gedenke, welche Massnahmen er ergreifen werde, wie er einen grundsätzlichen Wandel in Politik und Wirtschaft herbeiführe und ähnliche Versprechungen mehr. Selbstverständlich erfuhr man davon in der Rede Hitlers rein nichts. Hellseher Goebbels sah auch zwei Millionen Menschen in Württemberg und Baden um die Rundfunkapparate versammelt. Hoffentlich sah er auch die Mienen so vieler, die mit den Gebärden des Widerwillens die Rede Hitlers verfolgten und warteten und warteten, ob nach so viel Polemik und Anklage auch einmal eine positive Ankündigung kommen werde - aber vergeblich."

SPD. Die Behörden des kommissarischen Preussen haben in der Anwendung der Pressenotverordnung eine Niederlage erlitten. Das Reichsgericht hat das dreitägige Verbot des "Vorwärts" vom 3.Februar aufgehoben. Das Verbot war begründet worden mit dem Wahlaufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in dem der Berliner Polizeipräsident das Delikt des Hochverrats erblickte. Aus dem gleichen Anlass und mit der gleichen Begründung sind ausser dem Vorwärts noch 28 sozialdemokratische Zeitungen verboten worden. All diese Verbote sind nach der Entscheidung des Reichsgerichts ungerechtfertigt. Jetzt folgen die Schadensersatzklagen gegen den preussischen Fiskus.

SPD. Köln, 16.Februar (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch wurde in Siegburg vor dem Volkshaus ein SS-Mann erschossen. Der Vorfall spielte sich nach den Feststellungen der freien Gewerkschaften folgendermassen ab:

Am Dienstag-Nachmittag und -Abend demonstrierten SA-Leute vor dem Volkshaus der Gewerkschaften und stiessen wegen der im Fenster der Wirtschaft aushängenden "Rheinischen Zeitung" Drohungen aus. Zum Schutz wurde deshalb eine Wache von 16 Mann der Eisernen Front in das Haus gelegt. Die Drohungen wurden nach Mitternacht wahrgemacht. Zweimal zogen uniformierte SA-Trupps, die von ausserhalb verstärkt worden waren, vor das Haus. Es flogen schwere Steine gegen Fenster und Türen und blindlings wurde auf das Haus geschossen. Die SA unterhielt eine förmliche Belagerung. Bei dem Versuch, das Haus zu stürmen, setzte sich die Wache energisch zur Wehr. In dem entstehenden Durcheinander ist dann ein SS-Mann durch Kopfschuss getötet worden. Wer der Schütze war, ist bisher in keiner Weise festgestellt worden, auch noch nicht, ob der Schuss überhaupt aus dem Haus erfolgt ist. Der Erschossene war früher Kommunist.

Die 16 Mann der Volkshaus-Wache wurden einige Zeit nach dem Vorfall abgeführt. Das Volkshaus wurde von der Polizei von obenbis unten durchsucht, es wurden aber keine Waffen gefunden. Dann wurde das Volkshaus von der Polizei geschlossen. Die Türen der Büros und der Hauseingang wurden vernagelt. Der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes musste sich durch Kriminalbeamte in Sicherheit bringen lassen. Während des Mittwoch dauerte der Terror der uniformierten Nationalsozialisten in der Gegend des Volkshauses an, sodass sich auch ein sozialdemokratischer Beigeordneter von der Polizei in Sicherheit bringen lassen musste. Die Privatwohnung des Geschäftsführers des Metallarbeiterverbandes wurde in dessen Abwesenheit von uniformierten SA-Leuten durchsucht. In der Wohnung des früheren Geschäftsführers, eines Invaliden, wurde bei der Durchsuchung durch die SA wild herumgeschossen. Vormittags wurde der der Sozialdemokratischen Partei angehörende Bauamtssekretär Kargl in seinem im dritten Stock des Landratsamts liegenden Amtszimmer in Gegenwart seines vorgesetzten Baurats von drei eindringenden Nationalsozialisten von denen zwei Uniform trugen, üb erfallen, niedergeschlagen und so schwer verletzt, dass er ins Hospital eingeliefert werden musste. Von den Tätern wurden zwei verhaftet.

Der Arbeiterschaft in Siegburg hat sich über diese Vorgänge die grösste Erregung bemächtigt. Die Betriebsräte mussten erhebliche Anstrengungen machen, die Arbeiter vor der Arbeitsniederlegung in den Betrieben zurückzuhalten. Erst am Donnerstag-Vormittag gelang es der von Köln zugezogenen Polizei den Naziterror in Siegburg zu brechen.

SPD. Am 10.Februar brach das entsetzliche Unglück über Neunkirchen und das Saargebiet herein. Das deutsche Volk neigte sich in Schmerz und Teilnahme vor den Toten, den Hinterbliebenen und Schwerverletzten. Die Naziregierung in Oldenburg benutzte die Katastrophe zu folgendem Erlass:

"Aus Anlass des schweren Explosionsunglücks im Neunkirchener Hüttenwerk ist auf allen staatlichen Gebäuden bis zum 14.d.Mts. einschliesslich halbstock zu flaggen. Falls nur mit einer Fahne geflaggt wird, ist die Hakenkreuzfahne zu setzen. Falls mit zwei Fahnen geflaggt wird, ist daneben in den Landesfarben zu flaggen. Wegen der Beschaffung der Hakenkreuzfahnen wollen die Behörden sich mit den Ortsgruppen der NSDAP in Verbindung setzen. Zusatz für die Regierungen und Ämter: Die nachgeordneten Stadt- und Landgemeinden sind zu ersuchen, ebenfalls halbstock zu flaggen. gez. Röver."

Schutz der Verfassung obliegt und einen Reichsinnenminister, der ebenfalls den Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet hat. Wir fragen beide: Ist der Erlass der Nazi-Regierung in Oldenburg mit der von ihnen beschworenen Verfassung vereinbar?

SPD. Immer noch wartet das Volk auf das "Sofortprogramm" für Arbeit und Brot. Die neuen Machthaber haben jedoch andere Sorgen. Der neuste Tagesbericht vom Kriegsschauplatz gegen den "Marxismus" besagt, dass die kommissarische Preussenregierung ihr Interesse der "Preussischen Akademie der Künste" zugewandt hat.

Auf Veranlassung des preussischen Unterrichtskommissars Rust mussten Heinrich Mann und Käthe Kollwitz aus der Akademie ausscheiden: Rust hatte dem Präsidenten Max v. Schillings angekündigt, dass er die Akademie oder zumindest die Sektion für Dichtkunst auflösen werde, wenn Mann und Kollwitz nicht ausgeschlossen würden. Um dies zu verhüten, sind Heinrich Mann und Käthe Kollwitz freiwillig ausgetreten. Der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner hat sich diesem Schritt angeschlossen.

Die "Reinigung" der Akademie ist für die Kulturpolitik der kommissarischen Preussenregierung kennzeichnend. Persönlichkeiten wie Heinrich Mann und Käthe Kollwitz, deren Leistungen internationale Anerkennung und Geltung haben, werden von den neuen Machthabern verfemt. Das besagt mehr über das Dritte Reich als tausend Artikel und Reden. Es kennzeichnet aber auch die "Arbeiterpartei" des Herrn Rust; denn Mann und Kollwitz haben stets das grösste Verständnis für die Arbeiterbewegung bekundet. Die Kunst einer Käthe Kollwitz ist ohne das Proletariat nicht denkbar.

In der Rechtspresse wird der erzwungene Rücktritt Heinrich Manns von seinem Posten als Präsident der Sektion für Dichtkunst so dargestellt, als ob in der Akademie nun "nicht mehr der Asphalt, sondern die Scholle als Wahrzeichen gelten" solle. In Wirklichkeit bedeutet das Vorgehen des kommissarischen Kultusministers Rust die Ersetzung der einst von Schiller proklamierten Gedankenfreiheit durch den Stumpfsinn. Wenn an solchem "deutschen" Wesen die Welt genesen soll, wird es noch sehr lange dauern.

SPD. Hindenburg, 16.Februar (Eig.Dr.)

Das Bergwerksunglück auf der "Königin-Louise-Grube" hat sechs Todesopfer gefordert. Am Donnerstag wurden drei von den zehn verschütteten Bergleuten tot geborgen. Von den vier lebend geborgenen ist inzwischen einer seinen Verletzungen erlegen. Von den drei Verschütteten, denen die Rettungskolonne nahe ist, sind zwei tot. Man hofft, den dritten lebend zu Tage bringen zu können.

SPD. Das nationalsozialistische Blatt in Köln hat vor einigen Tagen die Dreistigkeit besessen, den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und den preussischen Innenminister Karl Severing "Diebe" zu nennen. Es hat die ordnungsgemässe Verwendung von 2 Millionen Mark Fondsmitteln frech als Diebstahl bezeichnet. Die preussischen Staatsminister haben zu wiederholten Malen diese Anwürfe zurückgewiesen, trotzdem unternimmt jetzt die nationalsozialistische Presse den Versuch, diese Anwürfe als Wahlschlager aufzuziehen. Sie veröffentlicht eine Reihe von Namen von Beamten, an die diese Fondsmittel im Frühjahr 1932 weitergeleitet worden sind.

Die Tatsache, dass 1,8 Millionen Mark von diesen 2 Millionen vom Reich überwiesen worden waren, also in Kenntnis des Verwendungszwecks, sowie Namen und Stellung der Beamten, an die es zur weiteren Verwendung überwiesen wurde, ist Beweis genug, dass es sich um staatspolitische Zwecke gehandelt hat. Trotzdem werden Braun und Severing kurzweg als "Diebe" bezeichnet!

Die Verausgabung dieser Mittel ist im vollen Einverständnis des gesamten Kabinetts und der Mehrheitsparteien des preussischen Landtags erfolgt. Trotzdem wird daraus eine ungeheure Verleumdung führender Sozialdemokraten mit den schäbigsten Mitteln gemacht. In Berlin plakatieren die Nationalsozialisten in grösstem Format: 2 Millionen Mark?" Ihre Antwort auf dieses anreisserische Plakat werden sie zu Wahlzwecken in den nächsten Tagen veröffentlichen. Wir erklären schon heute, dass diese Antwort nur auf gemeinen Verleumdungen beruhr. Otto Braun und Carl Severing werden gegen die ungeheuerlichen Beschimpfungen mit allen Mitteln vorgehen!

Im übrigen: wenn die Nationalsozialisten über den Verwendungszweck der Fondsmittel näheres erfahren wollen, können sie sich u.a. auch beim Obersten Oskar von Hindenburg erkundigen!

SPD. In Berlin ist am Donnerstag die diesjährige Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners zusammengetreten. Die Tagung dauert bis zum 19.Februar.

Dem Geschäftsbericht des Bundesvorstandes entnehmen wir folgendes : Das Reichsbanner beklagt bisher 64 Tote, als Opfer des politischen Kampfes. Der Mitgliederbestand ist um 7 % gewachsen. Die Mitglieder sind in rund 6 000 Ortsgruppen zusammengefasst. Im Jahre 1932 hat das Reichsbanner rund 130 000 (einhundertdreissigtausend) Versammlungen, Kundgebungen, Aufmärsche usw. veranstaltet oder geschützt. Während der fünf Wahlgänge des vergangenen Jahres verteilten die Reichsbannerleute 36 580 000 Flugblätter. Innerhalb der ersten sechs Wochen wurden ½ Million Drei-Pfeile-Abzeichen verkauft. 25 000 Reichsbannerleute sind im Freiwilligen Arbeitsdienst tätig. Insgesamt hat das Reichsbanner 41 geschlossene und 73 offene Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit 10 000 Arbeitenden unter eigener Leitung, 5500 Reichsbannerleute sind in Lagern befreundeter Organisationen (Gewerkschaften, Sportler, Sozialer Dienst usw.), weitere 10 - 12 000 sind in Lagern der Heimatwerke und Gemeinden Fast die ganze politische, organisatorische und technische Arbeit des Reichsbanners liegt in den Händen ehrenamtlich tätiger Kameraden. Knapp fünfzig Funktionäre sind in der Organisation besoldet. Insgesamt wurden für Rechtsschutz, Unfallbeihilfen und Sterbegelder vom Januar 1929 bis zum Januar 1933 RM. 690 639.-- ausgezahlt. Die Leistungen haben sich von 1929 bis 1930 verneunfacht.

SPD. Erfurt, 16.Februar (Eig.Drahtb.)

Die sozialdemokratische Erfurter "Tribüne" wurde am Donnerstag während des Druckes beschlagnahmt. Die Beschlagnahme war vom Erfurter Polizeipräsidenten angeordnet worden, weil die Meldung über das Verbot des "Vorwärts" mit einer sachlichen Erklärung versehen war, die der Chefredakteur des "Vorwärts", Stampfer, der Öffentlichkeit zur Begründung des Verbots übergeben hatte.

SPD. Im Reichsrat hat die Mehrzahl der Länderregierungen am Donnerstag gegen die Amtsenthebung der rechtmässigen preussischen Reichsratsvertreter protestiert. Man hat sich aber schliesslich mit dem allgemein als rechtswidrig bezeichneten Zustand in der Erwartung einer baldigen Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Klage der Preussischen Regierung gegen das Reich abgefunden. Ein entsprechender Antrag der süddeutschen Länder und der Hansestädte wurde mit 39 gegen 26 Stimmen angenommen. Danach soll sich der Reichsrat bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs auf die Beratung besonders dringlicher Gegenstände beschränken.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Erklärung der bayerischen Regierung, in der es heisst, dass der Reichsrat eine ausgesprochen bundesmässige Einrichtung zur Wahrung des Anteils der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs sei, die Stimmführung der Länder im Reichsrat von der Reichsgewalt unabhängig sein müsse und die Beteiligung von Reichskommissaren an der Abstimmung im Reichsrat dem Grundaufbau des Reiches widerspreche. Zwar lehne die bayerische Regierung eine Einmischung in innerpreussische Angelegenheiten ab, sie lege aber zugleich gegen die Beteiligung von Reichskommissaren an den Beratungen und Abstimmungen des Reichsrats Rechtsverwahrung ein. Im ähnlichen Sinne äusserte sich der badische Vertreter. Namens der preussischen Provinzen Grenzmark, Posen-Westpreussen, Oberschlesien, Niederschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland stimmte der Vertreter der Rheinprovinz, Dr. Hamacher, der bayerischen Erklärung zu. Er protestierte zugleich gegen das Erscheinen der Preussenkommissare und fuhr dann fort:

"Die preussischen Staatsminister haben mich durch besondere Vollmacht zu ihrer Vertreter im Reichsrat ermächtigt. Falls es zu einer Abstimmung kommen sollte, würde ich das Stimmrecht für das Preussische Staatsministerium ausüben. Ob diese Stimmabgabe gültig ist oder nicht, hat dann der Staatsgerichtshof zu entscheiden. Eine Stimmabgabe durch den Reichskommissar halte ich auf jeden Fall für ungültig."

Der Reichsinnenminister erwiderte auf die Ausführungen Hamachers, dass für die Reichsregierung einzig und allein die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6.Februar d.Js. massgebend sei. Der bayerische Vertreter stellte fest: "Bayern ist, unbeschadet der Frage der Rechtsbeständigkeit und der rechtlichen Tragweite der Verordnung vom 6.Februar, zu deren Entscheidung der Staatsgerichtshof angerufen wurde, der Auffassung, dass in der Zwischenzeit eine Vertretung der preussischen Landesregierung, das ist die Regierung Braun, im Reichsrat überhaupt unmöglich geworden ist."

Vorher hatten sich die Vertreter der Nazi-Regierungen in den Ländern auf die Seite der Reichsregierung gestellt.

SPD. Paris, 16.Februar (Eig.Drahtb.)

Zahlreiche Geschäftsleute in Paris und der Provinz hielten am Donnerstag-Nachmittag zum Protest gegen die neuen Steuern ihre Läden geschlossen. Die Lebensmittelgeschäfte, grossen Warenhäuser, Apotheken und Restaurationen schlossen sich diesem von einigen Rechtsblättern und rechtsstehenden Handelsverbänden propagierten Streik nicht an. Insofern verfehlte er seine Wirkung.

SPD. Als Hitler noch nicht in die hohe Amtlichkeit gestiegen war, vertrat er inbezug auf die Exekutiv-Gewalt des Reiches gegenüber den Ländern die gleiche Auffassung, die heute von den roten und schwarzen "Marxisten" vertreten wird. Am 28.April 1932 liess sich Hitler in seinem Leib-Blatt, dem "Völkischen Beobachter", wie folgt aus :

"Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei möchte in aller Öffentlichkeit mit betonter Entschiedenheit erklären, dass sie jeden Versuch, die Mitgliedsstaaten des deutschen Reiches im Wege des Reichskommissariats um ihre eigenen staatlichen Rechte zu bringen, als offene Kriegserklärung an die Nation betrachten würde."

Dazu macht die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz folgende treffende Feststellung: "Das, was die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei im April 1932 als Kriegserklärung an die deutsche Nation bezeichnet hat, bleibt auch unter einer nationalsozialistischen Regierung eine Kriegserklärung an die Interessen des deutschen Volkes. Eine Partei, die in diesen entscheidenden Fragen der deutschen Nation ihren Standpunkt je nach der Konjunktur ihrer Parteiinteressen wie ein Hemd zu wechseln in der Lage ist, hat keinen Anspruch auf die Führung der Nation."

SPD. Köln, 16.Februar (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag-Nachmittag wurde in der Engelbertstrasse in Köln ein auf einer Leiter stehender Malerlehrling von zwei Nationalsozialisten belästigt. Als er sich das verbat, warfen ihn die Burschen von der Leiter und stachen auf ihn ein. Lebensgefährlich verletzt wurde der junge Mensch ins Krankenhaus gebracht. Die Burschen sind unerkannt entkommen.

SPD. Die Unterbrechung und Störung der Stuttgarter Rundfunkrede Adolf Hitlers hat den Reichspostminister zu einer grossen Aktion veranlasst. Auch die Stuttgarter Polizei sucht fieberhaft nach den Tätern, die das Kabel zerhackt haben. Es sind einige Kommunisten verhaftet worden, aber bisher konnte keinem eine Schuld nachgewiesen werden.

Einstweilen sind in Stuttgart drei technische Beamte des dortigen Senders und des Hauptpostamtes auf der Strecke geblieben. Postbaurat Feucht, Oberpostdirektor Mössinger und Dr. Kofes sind bis zum Abschluss der Untersuchung mit sofortiger Wirkung ausser Dienst gesetzt worden. Diese Massnahme erinnert lebhaft an die Zeiten Wilhelms II. Was z.B. der Oberpostdirektor mit der Störung einer Rundfunkrede zu tun haben soll, ist unerfindlich.

Wir halten die Störung einer Hitlerrede aus vielen Gründen für einen groben Unfug. Vor allem deshalb, weil Hitler gar nicht oft genug durch den Rundfunk sprechen kann. Die Rundfunkteilnehmer haben ihn bereits ein halbes Dutzendmal vernommen, sie lauschen auf sein Programm und auf die Verwirklichung der tausendfachen Versprechungen, die uns in den letzten 14 Jahren von der NSDAP gemacht wurden. Bisher vergebens. Sie haben bisher kein Sterbenswort, wie und wann Arbeit und Brot geschaffen werden soll, vernommen. Der letzte deutsche Wähler muss mit eigenen Ohren vernehmen, dass er noch vier Jahre vertröstet wird und warten soll.

Inzwischen geht der Parteibetrieb in dem von allen Hörern bezahlten Rundfunk weiter. Ein Riesenprogramm ist angekündigt, bei dem alle Nazigrössen tagelang mitwirken und den Ruhm der noch grösseren Führer verkünden werden. U.a. wird der Lautsprecher und Conferencier Goebbels am 25.Februar über Hitler sprechen, und so wird es fortgehen, über Papen, Hugenberg bis Eltz von Rübenach, der ebenfalls seinen Hofbiograph und seine Biographie im Rundfunk

haben wird. Jeder Redner wird natürlich ein Lobredner sein, jeder Minister ein Vielgelobter, ein Held und grosser Staatsmann. Der grösste natürlich wird Hitler sein und der grösste Spassmacher: Herr Goebbels.

SPD. Der französische Ministerrat hat - wie uns aus Paris gemeldet wird - am Donnerstag beschlossen, das Parlament um die Bewilligung eines Kredits von 500.000 Francs (etwa 80 000 Mark) zur Unterstützung der Opfer der Neunkirchene Explosionskatastrophe zu bitten.

Die Nazi-Presse dürfte diesen Beschluss der Regierung des "Erbfeindes" kaum veröffentlichen.

SPD. New York, 16.Februar (Eig.Dr.)

Amerika steht unter dem tiefen Eindruck eines gegen den neugewählten Präsidenten Roosevelt in Miami verübten Revolverattentats. Der Zustand des verwundeten Bürgermeisters Cermak von Chicago ist sehr ernst. Der verhaftete Täter nennt sich Guiseppe Zingara, ein Maurer und Italiener, der im Krieg in der italienischen Armee diente. Nur mit Mühe konnte ihn die Polizei vor dem Zorn der aufgeregten Masse der Zuschauer bewahren.

Roosevelt, der am 4.März sein Amt antritt, weilte zur Erholung mit Millionärsfreunden auf den Bahama-Inseln. Er befand sich auf der Rückreise nach New York. In dem grossen Kurort Miami, sollte ihm durch die Bevölkerung und die vielen Kurgäste ein grosser Empfang bereitet werden. Von seinem Auto aus hielt der neue Präsident eine Ansprache an etwa zehntausend Menschen. Kaum war Roosevelt zu Ende, als die Revolverschüsse krachten. Nur dem Umstand, dass sich der Präsident im gleichen Augenblick niedersetzte, verdankt er sein Leben. Der Attentäter feuerte weiter und traf fünf Personen, darunter den Bürgermeister Cermak von Chicago, der in Böhmen geboren ist und kürzlich seiner Heimat und auch Berlin einen Besuch abgestattet hat. Cermark erhielt einen Schüss in die Leber. Zwei Personen, darunter ein Polizist, sind ebenfalls schwer verletzt. Als der Attentäter Zingara ein letztesmal auf Roosevelt zielte und schiessen wollte, schlug ihm eine Frau den Arm hoch.

Zingara behauptet ein Anarchist zu sein. Er habe den Präsidenten ermorden wollen. Unter dem Verdacht der Beihilfe ist ein zweiter Italiener, Valentini, verhaftet worden.

Die Polizei glaubt nicht an das politische Motiv des Attentats. Sie glaubt vielmehr, dass Zingara der Bande des im Gefängnis sitzenden Al-Capone angehört und dass das Attentat nur dem Bürgermeister von Chicago gegolten habe, der einer der schärfsten Bekämpfer der Unterwelt von Chicago ist und auch Al Capone unschädlich gemacht hat.

SPD. Dresden, 16.Februar (Eig.Dr.)

Am Donnerstag wurde im Sitzungssaal des sächsischen Landtags hinter dem Sektor der SPD-Fraktion eine grössere Menge braunes Pulver teils verstreut, teils in einer Glasröhre aufgefunden. Das Pulver übte starke Reizwirkungen auf Haut und Augen aus. Mehrere Stunden waren sechs Ventilatoren in Betrieb, um die entwickelte Stinkluft aus dem Sitzungssaal zu beseitigen. Die Täter dieses Stinkbombenangriffs sind aus ihren Theater- und Versammlungsübungen zu bekannt, als dass sie weit zu suchen wären.

SPD. Das Berliner Abendblatt "Tempo", das vom Ullstein-Verlag herausgegeben wird, ist vom Berliner Polizeipräsidenten auf mehrere Tage verboten worden. Als Grund für das Verbot wird angegeben, das Blatt habe in seinem Handelsteil unter der Ueberschrift "Verstimmung in der Burgstrasse. Aktien unter Druck" mitgeteilt, der neue handelspolitische Konflikt mit Frankreich habe an der Börse vom 14.Februar in Berlin zu einer allgemeinen Verstimmung geführt. Diese Nachricht sei unrichtig gewesen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

National!

SPD. Hinter der Propaganda, die jetzt landauf, landab gegen den Marxismus geführt wird, versteckt sich die Schande und die Unfähigkeit des deutschen Unternehmertums. Nächstens wird der Grossbetrüger Lahusen vor Gericht stehen! Ist Lahusen ein Marxist?

Aber dieser Lahusen war nur ein ganz gewöhnlicher Wirtschaftsverbrecher, ein Freund der Parteien, die jetzt die "nationale Regierung" tragen. Die grossen Verbrechen des deutschen Unternehmertums sollen in Vergessenheit geraten. Wir wollen sie wieder ans Tageslicht ziehen!

Nach dem Abbruch des Ruhrkampfes, den in erster Linie die Arbeiterschaft geführt hatte, suchten die Schwerindustriellen Stinnes, Klöckner, Velsen und Vögler bei General Degoutte, den Chef der Besatzungsarmee, um Unterstützung für den Abbau der Sozialpolitik nach! Darüber berichtet ein von den Grossindustriellen selbst angefertigtes Protokoll. Danach hat der Wortführer Geheimrat Klöckner am 5.Oktober 1923 ausgeführt:

"Die Industrie sei der Ueberzeugung, dass es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Viele Schwierigkeiten hätten vermieden werden können, wenn mehr Kohle gefördert worden wäre, und es müsste unsere Aufgabe sein, wieder genügend Kohle zu fördern, um ausser Deutschland auch Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz voll versorgen zu können. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, das heisst achteinhalb Stunden einschliesslich Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter und zehn Stunden für Uebertagsarbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte."

Auf diese unglaubliche Aufforderung hin hatte der Herr General Degoutte es leicht, sich in die Pose des neutralen Mannes zu werfen und zu erklären:

"Die Okkupationsmächte hatten am 11.Januar proklamiert, dass sie die deutschen Gesetze achten würden. Der Achtstundentag sei deutsches Gesetz, seine Einführung sei ausserdem auf den Friedensvertrag zurückzuführen, und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen."

Nach dieser Feststellung fährt das Protokoll fort:

"Herr Geheimrat Klöckner erklärte sogleich, dass Herr General Degoutte ihn zu früh unterbrochen habe, und er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung wiederholt scharf betont, dass die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmächte in die Frage der Arbeitszeit nicht wünsche. Es sei das eine Frage, die die Industrie mit den Arbeitern einerseits und mit der Regierung andererseits selbst regeln werde. Die Bitte um Unterstützung beziehe sich nur auf solche Punkte, wo die Einwirkung der Okkupationsmächte selbst die Ausführung der Absichten der Industrie verhindere."

Das sind die Kräfte, aus deren Reihen die deutschen Faschisten gegen die deutschen Arbeiter finanziert worden sind!

Ein Parteibuchmonarch?

Der Exkronprinz ist besonders auffällig in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Ebenso sein Bruder August Wilhelm. Beide setzen grosse Hoffnungen auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland. Sie glauben, dass eine monarchische Restauration möglich sein würde und dass die Hohenzollern wieder preussische König und deutsche Kaiser werden könnten.

Nur über eines können sie sich nicht einigen: über die Person des Prätendenten. Der Exkronprinz will seinen ältesten Sohn in den Vordergrund schieben, Prinz Auwi aber agitiert gegen die Linie seines Bruders. Er beansprucht für seine Familie das Recht, den künftigen Prätendenten zu stellen. Der Streit geht hin und her. August Wilhelm hat für seine Ansprüche eine sehr interessante Begründung vorgetragen: Er sei schon lange Jahre Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, während sein Bruder sich erst im letzten Jahre dieser Partei angenähert habe. Deshalb gingen seine Ansprüche denen des Exkronprinzen vor.

Da haben wir nun aus dem sogenannten nationalen Lager seit Jahren wildes Geschrei über die sogenannten Parteibuchbeamten gehört, und nun soll hier ein Parteibuchmonarch gemacht werden!

Sag' es mit Naziworten!

Herr Hitler ist Reichskanzler, Herr von Papen Vizekanzler. Sie haben beide ihren Frieden miteinander gemacht. Am 5.November, am Tage vor der letzten Reichstagswahl, schrieb das Berliner nationalsozialistische Blatt, "Der Angriff", über Herrn von Papen das folgende :

"Papen das heisst deutschnationale Reaktion. Deutschnationale Reaktion heisst Entrechtung, Dreiklassenwahlrecht, Frondienst, Klassenkampf, Unfähigkeit Vernichtung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Bolschewismus. Wir wollen Papen schlagen, also wählen wir nur Adolf Hitler. Wer Hitler wählt, schlägt Papen, wer anders wählt, hilft Papen."

Die Wähler Adolf Hitlers haben Papen geholfen und nicht nur Papen, sondern auch Hugenberg. Die deutschnationale Reaktion ist im Gange, und wir werden ja noch erleben, was von der Prophezeiung des Berliner "Angriff" über die Folgen deutschnationaler Reaktion in Erfüllung gehen wird.

Die Gläubigen.

Die Wirtschaftspartei ist vollständig verschwunden, ihre Anhänger sind samt und sonders zu den Nationalsozialisten gelaufen. Sie sind alle hitlergläubig und erwarten nun, dass unterm Dritten Reich herrliche Zeiten für den Mittelstand anbrechen werden. In einer grossen Versammlung der Nationalsozialistischen Mittelständler in Köln trugen sie ihre Hoffnungen und Wünsche vor. Der eine will die Schliessung aller Warenhäuser und die Vergebung der Lieferungen für die Polizeiküchen an einzelne kleine Krauter, wieder ein anderer will den Hinauswurf von Polizeipräsidenten, falls nicht die Brotlieferungen für die Polizei an einzelne Bäcker vergeben werden, und ein dritter verlangte nicht nur Vollstreckungsschutz für die Bauern, sondern auch Vollstreckungsschutz für Handwerk und Mittelstand.

Sie sind alle gläubig! Die Verwirklichung hat auch schon angefangen. Der Vollstreckungsschutz für die Bauern ist ganz allgemein ausgedehnt worden, Handwerk und Mittelstand sind nicht mehr in der Lage, ihre Aussenstände bei der Landwirtschaft einzutreiben, sie müssen sehen, wo sie bleiben. Dafür erhalten sie aber das Versprechen, dass nach den Wahlen ein Staatssekretär für Mittelstandsfragen eingesetzt werden wird. Geschieht den ehemaligen Wirtschaftsparteilern und jetzigen Hitlergläubigen schon ganz recht!

Gewerkschaftliche Rundschau

Nach dem Sturz der Diktatur.

Arbeit von 17 Monaten - nicht von Vierjahresplänen.

SPD. In Deutschland gibt es zur Zeit gewiss eine Menge sehr kluger Leute, die fest davon überzeugt sind, die Demokratie habe abgewirtschaftet. Die faschistische Welle, die über Europa geht, verwirrt manchen Kopf. Not und Verzweiflung machen für den Glauben an die Gewalt, auf dem der Faschismus, der Bolschewismus, der alte wie der neue Nationalismus ideologisch beruhen, die Gemüter empfänglich. Die Gewalt soll das Wunder der Brotvermehrung schaffen, die nackte, blutige, rohe Gewalt soll Schöpfer der Kultur sein. Napoleon geht um. Es wimmelt von Mussolinis. Die Diktatur soll das Tor zur Glückseligkeit sein.

Noch ist nicht ganz Europa dem Irrglauben an die Gewalt verfallen. Ja, es gibt sogar Länder, die sich von der Diktatur wieder losgesagt haben. In Spanien, wo der Syndikalismus und mit ihm also die Gewaltlehre sozusagen beheimatet war, hat das Volk unter Führung der Gewerkschaften den demokratischen Weg zur Befreiung der Arbeiter eingeschlagen. Erst nach der Diktatur setzte in Spanien mit dem Durchbruch des Einflusses der Arbeiterklasse der Aufstieg des Landes ein.

Die spanische Republik kann sich mit ihrer sozialen Arbeit, die sie seit dem Frühjahr 1931 geleistet hat, sehr wohl sehen lassen. Das spanische Arbeitsministerium hat soeben einen Ueberblick über die sozialpolitischen Verordnungen und Gesetze veröffentlicht, der den Zeitraum vom April 1931 bis September 1932 umfasst. Dieser Ueberblick ist ein Ruhmesblatt für die spanische Republik. Eine Fülle von Reformen wurde in dem verhältnismässig kurzen Zeitraum von siebzehn Monaten geschaffen, und siebzehn Monate sind keine vier Jahre, wie sie anderwärts andere Leute nötig haben, obwohl diesen anderen Leuten die ganze Hilfe des alten Regimes mit seinen Offizieren, Unternehmern, Bürokraten, Bankiers, Professoren und Pastoren zur Verfügung steht. Aber an der Spitze des spanischen Arbeitsministeriums steht ein Largo Caballero, ein Mann der Gewerkschaften, und ihn unterstützt nicht ein schwerkapitalistischer Zeitungsmagnat als Wirtschaftsminister, sondern der tatkräftige Prieto, Minister der öffentlichen Arbeiten, ebenfalls ein Vertrauensmann der Arbeiterschaft, der das gigantische Programm zur Bewässerung der kastilischen Hochebene ausgearbeitet hat, dessen Durchführung bereits in Angriff genommen ist. Schliesslich darf man auch nicht übersehen, dass die spanische Republik zur Rettung der landarmen Bauern und zur Unterbringung des arbeitslosen Landproletariats natürlich nicht die Grossgrundbesitzer gemästet, sondern enteignet hat.

Wenn die spanischen Sozialisten und Republikaner in der sozialpolitischen Gesetzgebung offenbar bei uns in die Lehre gegangen sind, so können wir umgekehrt von ihnen lernen, wie man einer seit Jahrhunderten bevorrechteten Kaste von parasitären Grossgrundbesitzern zuleibe rückt und wie man sich damit zugleich ein mit der Republik auf Gedeih und Verderb verbundenes Bauerntum schafft. Die spanische Republik hat die Arbeitslosigkeit eingedämmt und zurückgedrängt, mit der die Diktatur nicht fertig werden konnte. Allerdings

sind die wichtigsten Ministerien der Finanzen, der Wirtschaft und Sozialpolitik in Händen von waschechten Marxisten.

Da die spanische Sozialgesetzgebung bei dem Sturz der Diktatur noch völlig unentwickelt war, zum guten Teil nur auf dem Papier stand, musste nicht allein gründliche Arbeit geleistet, sondern sozusagen von vorn angefangen werden. Die Arbeit war umso schwerer, als die spanischen Gewerkschaften nach dem Sturz der Diktatur noch schwach und zwei Drittel der spanischen Bevölkerung Analphabeten waren. Dann gibt es auch in Spanien einen tollwütigen Radikalismus, und Syndikalisten wie Monarchisten bemühen sich nach Kräften, der Republik das Leben schwer zu machen. Umso mehr Bewunderung verdient die Arbeit, deren Ergebnis das spanische Arbeitsministerium in allzu bescheidener Fassung vorlegt.

Schon der Aufbau des Arbeitsministeriums verrät den erfahrenen Gewerkschafter. Das Arbeitsministerium ist in Spanien nicht eine Zentralbehörde, die die Ausführung der Gesetze anderen Behörden überträgt, sondern in allen Provinzen müssen die Delegierten des Ministeriums selbst für die Durchführung der Gesetze und Anordnung sorgen. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels auch nur die wichtigsten Gesetze und Verordnungen aufzuzählen. Die erste Verordnung datiert vom 22.April 1931. Sie erhebt den 1.Mai zum gesetzlichen Feiertag. Dann folgt eine Verordnung zum Schutz des Landproletariats gegen Lohndruck durch Heranziehung ortsfremder Arbeitskräfte. Die folgenden zwei Verordnungen ratifizieren das Achtstundentagabkommen von Washington und das Abkommen von Genf, das die arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen auf die Landarbeiter ausdehnt. Dann folgt eine Verordnung, die den Arbeitsaufsichtsbehörden die richterliche Befugnis gibt, bei Nichtbefolgung gesetzlicher Bestimmungen Strafen zu verhängen - Strafen, die bis zur Schliessung des Unternehmens gehen können. Erwähnen wollen wir noch als Beispiel, dass den Schlichtungsausschüssen auch die Funktionen von Arbeitsgerichten übertragen sind und dass die gesamte Sozialgesetzgebung von den Berufsverbänden getragen wird.

Eine gigantische Arbeit ist geleistet worden inmitten ausserordentlicher Schwierigkeiten, trotz konterrevolutionärer Putsche, die mit sinnlosen syndikalistisch-kommunistischen Revolten und Generalstreikexperimenten in Verbindung standen. Eine gigantische Arbeit ist geleistet worden von Sozialisten - nach der Niederwerfung der faschistischen Diktatur.

SPD. Der Vorstand der Reichsanstalt hat am Donnerstag gegen die Stimmen der Vertreter der Gewerkschaften beschlossen, die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes als wirtschaftliche Vereinigung im Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts Pommern zuzulassen. Die von den Gewerkschaften vorgebrachten neuen Beweise für die Abhängigkeit dieser "Arbeitergruppe" von den Arbeitgebern fand im Vorstand bei dem Stellvertretenden Vorsitzenden, bei den Arbeitgebern und Behördenvertretern keine Berücksichtigung.

Der Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt ist, wenn man ihn nicht als Auswirkung der neuen Staatsführung betrachtet, einfach unbegreiflich; denn fast jeder Tag bringt neue Beweise dafür, dass der Reichslandarbeiterbund und seine Unterverbände nichts anderes sind als Helfer des sozialen Gegenspielers. Vor kurzem erst wurde aus Pommern ein ganz besonders drastischer Beweis gemeldet. Die Arbeiterschaft des vorpommerschen Remontegutes Neuhof bei Treptow befand sich im Lohnkampf. Es kam zu Verhandlungen der Gau- und Kreisleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes mit der Remonte-Amtsleitung. Der Betriebsrat nahm ebenfalls daran teil. Ausserdem hatte sich - zum nicht geringen Erstaunen der Arbeitervertreter - ein Herr Bergauer, seines Zeichens Sekretär der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes, die ein Unter-

verband des Reichslandarbeiterbundes ist, eingefunden. Von einem der Vertreter der Arbeiterschaft über den Zweck seines "Besuches" befragt, erklärte der merkwürdige Arbeitersekretär, er sei mit der Beratung und Unterstützung des Arbeitgebervertreters, des Herrn Oberamtmann Fischer vom Remonteamt, beauftragt. Der Arbeitersekretär des Landbundes gab sich also dazu her, einem Arbeitgeber beim Lohndruck durch Auskunftserteilung über das Tarifrecht Hilfe zu leisten.

Wie abhängig der Reichslandarbeiterbund vom Reichslandbund ist, wird auch durch folgende Tatsache bestätigt. Von den vier Präsidentenposten des Reichslandbundes ist auch nicht ein einziger von einem Vertreter des Reichslandarbeiterbundes besetzt. Die Arbeitergruppe hat im Reichslandbund nur zu kuschen, weil sie nur eine von den Arbeitgebern ausgehaltene, d.h. eine gelbe Organisation ist.

SPD. In Berlin trat am Donnerstag der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu einer wichtigen Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen steht neben der Erörterung der politischen Lage in Deutschland vor allem der Plan einer grosszügigen Aktion zu Gunsten der Vierzigstundenwoche, die in eine internationale Kampagne für die wirtschaftliche Abrüstung einmünden soll. Auf der Tagesordnung steht ferner - im Hinblick auf den Kongress des IGB, der Ende Juli in Brüssel stattfindet - die endgültige Beratung der Sozialpolitischen Richtlinien, eines internationalen Schul- und Erziehungsprogramms und der "Planwirtschaftlichen Forderungen des IGB."

Am Donnerstag beschäftigte sich der Vorstand mit den Sozialpolitischen Richtlinien.

SPD. In der badischen Textilindustrie ist eine neue Lohnabbauwelle in Bewegung gekommen. Die Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei will einen Lohnabzug diktieren, der den Zeitlöhner-Spitzenverdienst von 52 auf 32 Pfennig, also um volle 20 Pfennig pro Stunde, kürzen würde. Zunächst soll diese Lohnsenlung von der 35. Wochenstunde ab einsetzen und einstweilen bis Mitte August dauern.

Andere Grossbetriebe der badischen Baumwollindustrie fordern ähnliche Lohnkürzungen und zwar ausdrücklich mit Berufung auf die Kollnauer Konkurrenz und Preisunterbietung.

+

Der Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke hat das Urlaubsabkommen gekündigt. Er verlangt eine Kürzung der Urlaubszeit von 12 auf 7 Arbeitstage.

SPD. Die niederländische Regierung hat angeordnet, dass alle deutschen Mädchen, die in Holland arbeiten wollen, an der Grenze einen Ausweis vorlegen müssen, aus dem sich ergibt, dass sie bereits im Besitz einer festen Stellung sind. Dieser Ausweis muss polizeilich beglaubigt sein. Nach Ankunft am Bestimmungsort muss er auch bei der polizeilichen Meldung vorgelegt werden.

Wirtschaft Technik Handel

3 Milliarden Subventionen.

(Wohlfahrtsstaat der Schwerindustrie und der Grossagrarier.)

SPD. Die in den letzten Jahren und besonders seit dem Kabinett Papen betriebene Subventionspolitik wird am besten dadurch charakterisiert, dass man die Öffentlichkeit über das Ausmass der Subventionen völlig im Unklaren liess. Die Steuerzahler durften wohl zahlen, aber sie durften nicht wissen, wie und wofür man ihre Steuergroschen verwendete. Das Ausmass der Subventionen war nur wenigen Mitgliedern der hohen Bürokratie bekannt. Es bedurfte erst zäher und langer Arbeit der Sozialdemokratie, um in dieses Dunkel einige Lichtstrahlen hinein fallen zu lassen.

Für den Stand des 1.Oktober 1932 liegen die Dinge so, dass das Reich durch Gewährung von Krediten an 116 Gesellschaften beteiligt ist. Unter diesen 116 Gesellschaften sind viele rein privatkapitalistische Betriebe. Dahin gehören die vom Reich sanierten Grossbanken, weiter zahlreiche unserer grössten industriellen Unternehmungen. Die Geldeinlagen des Reiches bei diesen Gesellschaften machten am 1.Oktober 1932 den ungeheuren Betrag von 1,4 Milliarden Mark aus. Aber damit hat man nur einen Anhaltspunkt über das Mass der vom Reich hergegebenen Subventionen. Man muss beachten, dass diese Darlehen keine Kredite im bankmässigen Sinne sind. Sie sind vielfach gegeben worden, trotzdem man wusste, dass mit einer Rückzahlung gar nicht oder nur mit einer Teilrückzahlung zu rechnen ist. Bei vielen dieser Kredite sind die Bedingungen (Zinsen, Rückzahlungen usw.) schon allein recht erhebliche Subventionen. So erhält z.B. ein bekanntes grosses Hüttenwerk ein Millionendarlehen. In den ersten 5 Jahren braucht dieses Hüttenwerk keine Zinsen zu zahlen, für weitere 5 Jahre ist der Zins auf 1½ % festgesetzt. In den folgenden 10 Jahren hat das Hüttenwerk 3 % Zinsen zu zahlen und in den folgenden 15 Jahren 4 %. Man sieht, dass die Zinsbedingungen allein ganz beträchtlichen Subventionen entsprechen. Es wäre einmal interessant festzustellen, welche ungeheuren Beträge dem Reich jährlich durch derartige Subventionsbedingungen verloren gehen.

Zu den Kapitalsbeträgen, die das Reich den Gesellschaften gegeben hat, treten noch die vom Reich übernommenen Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen. Auch hier handelt es sich um riesenhafte Beträge. Die vom Reich übernommenen Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen kommen durchweg für solche Gesellschaften in Frage, die man als gefährdet, schlecht oder faul bezeichnen muss. Das ist natürlich, da gesunde Unternehmungen ja keine Reichsbürgschaften gebrauchen, wenn sie in der privaten Wirtschaft Kredit aufnehmen wollen. Nach dem Stand vom 1.Oktober 1932 macht der Betrag, für den das Reich bürgt, rund 1,5 Milliarden Mark aus. Von diesen 1,5 Milliarden Mark entfallen auf die Landwirtschaft 270 Millionen, auf Handel und Gewerbe 636 Millionen, auf Schiffahrt und Verkehr 96 Millionen, auf Wohnungs- und Siedlungswesen 155 Millionen, auf Stützung von Banken und gewerblichen Kreditgenossenschaften 359 Millionen Mark. Fast 3 Milliarden Mark waren also am 1.Oktober 1932 vom Reich in Industrie, Landwirtschaft, Banken usw. teils investiert, teils verbürgt.

Mit diesen 3 Milliarden ist es aber bei weitem nicht getan. So sind nach dem 1.Oktober 1932 insbesondere der Grosslandwirtschaft durch die Osthilfefonds hunderte an Millionen an Subventionen zugeflossen. Was soll der kleine

Mann sagen, der als Arbeiter arbeitslos wird und als kleiner Handwerker oder Fabrikant keine Aufträge erhält, weil das Werk, für das er arbeitete, stillgelegt werden musste, weil die nötigen Betriebsmittel nicht mehr aufgebracht werden konnten. Mit wenigen tausend Mark wäre hier zu helfen gewesen, hätte man Arbeitslosigkeit vermeiden können. Hier fand man aber verschlossene Türen. Anderweitig wurden Subventionen im Betrage von 3 Milliarden Mark und mehr aufgehäuft. Man hat das Wort vom Wohlfahrtsstaat geprägt. Man hat es mit Recht geprägt. Als die Sozialdemokraten noch etwas im Reiche zu sagen hatten, da hatte das Reich auch noch etwas übrig für den Arbeiter und den kleinen Mann. Es war kein Zufall, dass es uns allen besser ging, als die Sozialdemokraten noch regierten. Heute weht ein anderer Wind im Reich; heute hat man den Wohlfahrtsstaat für Schwer- und Grossindustrie und für die Grosslandwirtschaft geschaffen. 3 Milliarden Mark Subventionen, die man in kurzer Zeit aufgehäuft hat, beweisen das.

Der Wähler soll am 5.März daran denken. Der Kampf gilt am 5.März dem Wohlfahrtsstaat der Schwerindustrie und der Grossagrarier. Deshalb wählen wir sozialdemokratisch, Liste 2!

SPD. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" präsentiert nunmehr schon seit Tagen immer wieder die Wechsel und die Forderungen der Schwerindustrie an die Regierung Hitler. Vor einigen Tagen veröffentlichte das Blatt die Forderungen des Kaligrossindustriellen Rosterg nach Beseitigung der Tarifverträge und auf eine 40prozentige Kürzung der Gehälter und der Löhne. In ihrer Ausgabe vom Donnerstag setzt sich die "Deutsche Bergwerkszeitung" in einem bemerkenswerten und vielbeachteten Artikel mit dem gegenwärtigen Reichsarbeitsminister Franz Seldte auseinander, dem sie zunächst bescheinigt, dass er am Kreuzweg stehe.

Anlass zu den recht scharfen Ausführungen der Bergwerkszeitung ist eine Rede des Ministerialdirektors Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium vor den christlichen Gewerkschaften, in der Sitzler, dem Sinn nach, erklärt haben soll, "er denke nicht daran, sich etwa von heute auf morgen aus Zweckmässigkeitsgründen umzustellen". Wir können uns die Entrüstung bei der Bergwerkszeitung vorstellen, dass ein Ministerialdirektor, der so etwas erklärt hat, noch in Amt und Würden ist. Und deshalb geht die Abrechnung mit dem Reichsarbeitsminister wohl los, dem dieser Ministerialdirektor untersteht. "Seldte müsse einmal in seinem Ministerium eindeutig feststellen," so fordert die Bergwerkszeitung, "warum die allgemeine Weltwirtschaftskrise in Deutschland viel früher als in anderen Ländern zum Ausbruch gekommen ist." Wenn wir das schwerindustrielle Blatt richtig verstehen, wird hier dem Reichsarbeitsminister der Vorwurf gemacht, dass er in seinem Ministerium nicht genügend Marxistenhetze betreibt. Im Anschluss daran kommen recht eindeutige Fragen, die wir am besten wörtlich wiedergeben:

"Bekennt sich Franz Seldte zu all den Sünden der deutschen Sozialpolitik oder verwirft er die Methoden dieser Sozialpolitik? Unnatürlich ist es, wenn ein Minister der grundsätzlich neuen Staatsführung wie Franz Seldte sich etwa von dem Gedanken umgarnen lässt, dass der Stahlhelm zur Hälfte oder zu einem noch höheren Prozentsatz aus Arbeitnehmern besteht, die man nicht vor den Kopf stossen dürfe. Dann würde Franz Seldte als ein Kollektivist handeln, nicht aber als souveräner Beherrscher der Materie seines Ressorts und ihrer Problematik."

Noch vor einigen Tagen hat der Reichsarbeitsminister Seldte durch Rundfunk erklärt, er sei kein Sozialreaktionär. Nach dieser Belehrung durch die "Deutsche Bergwerkszeitung" wird der Reichsarbeitsminister sicherlich das

Empfinden haben, dass er am Kreuzweg steht. Will er seine Stahlhelmleute nicht vor den Kopf stossen, dann stösst er die Schwerindustrie vor den Kopf. Interessant wird nun sein, wer zuguterletzt vor den Kopf gestossen wird: die Proleten beim Stahlhelm oder Schwerindustrielle vom Schlage Fritz Thyssens, die sich als Nazis bekennen.

SPD. Das Westdeutsche Zementsyndikat ist bis zum Dezember 1934 verlängert worden. Der Zementtrust, Dyckerhoff-Wicking, hat also wieder einmal gesiegt. Interessant ist, dass der Sieg dieses Zementtrusts in Westdeutschland unter dem Druck der Drohung eines staatlichen Eingriffs erfolgte.

Die westdeutsche Zementindustrie hat in dem letzten Jahr eine kostspielige Erweiterung betrieben, die die Kapazität überhöht und die Schulden bedenklich gesteigert hat. Rund 90 % der westdeutschen Zementindustrie sind vertrustet, gehören zum Dyckerhoff-Wicking-Konzern. Bei einer derartigen Vertrustung fehlt es natürlich nicht an Reiz, die Monopolstellung auszunutzen und die Preise zu überteuern. Immerhin stellten sich aber in Westdeutschland Aussenseiter ein, hauptsächlich die beiden: Gesellschaft Wittekind und Gebrüder Seidel in Erwitte (Westfalen), die die Preise unter den Syndikatspreisen hielten. Das hatte zur Folge, dass die Aussenseiterwerke in der letzten Zeit mit 80 bis 90 % ihrer Kapazität beschäftigt waren, die Syndikatswerke jedoch nicht einmal mit 25 %. Nun sind die im Westdeutschen Zementsyndikat zusammengeschlossenen Werke natürlich auch Anhänger der freien Wirtschaft, aber nur in der Theorie, nicht in der Praxis. Versteht sich von selbst. Also gingen die Syndikatwerke zur Regierung und forderten eine Zwangskontingentierung und ein Aussenseiterverbot für die westdeutsche Zementindustrie. Darüber hat man lange verhandelt. Auch den Reichswirtschaftsrat ist man um ein Gutachten angegangen, das aber schliesslich nicht erstattet wurde. Auf jeden Fall haben die Aussenseiter eingesehen, dass sie mit ihrer Sache nicht durchkämen. Sie mussten mit einem staatlichen Eingriff und mit einem Zwangskartell rechnen. Aus diesen Gründen hielten sie es für das beste, sich dem Kartell freiwillig zu unterwerfen.

Die Verlängerung des Westdeutschen Zementsyndikats enthüllt eine Politik, die ohne Zweifel Trusts und Syndikate begünstigt. Das wird besonders denjenigen auffallen, die noch vor kurzer Zeit im Sofortprogramm der Nationalsozialisten von einer Verstaatlichung der Truste und Monopole gelesen haben. Das Beispiel aus der westdeutschen Zementindustrie ist das direkte Gegenteil.

Wenn schon, unter Drohung eines staatlichen Eingriffs und eines Zwangskartells, das Westdeutsche Zementsyndikat wieder aufgerichtet ist, hat die Regierung nun die doppelte Pflicht, darüber zu wachen, dass das Westdeutsche Zementsyndikat die ihm verliehene Monopolstellung nicht zu einer Ueberteuerung der Zementpreise missbraucht. Die Öffentlichkeit wird ein scharfes Auge für diese Dinge haben.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung in RM je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,15 - 1,25, Rote Kartoffeln 1,25 - 1,35, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,45 - 1,55.

In Erwartung neuer Massnahmen.

(Berliner Getreidebörse vom 16.Februar)

SPD. Bei äusserst geringem Angebot entwickelte sich am Donnerstag nur geringes Geschäft. Die Preise für Promptweizen konnten ihre Steigerung weiterfortsetzen, während der Roggenpreis unverändert blieb. Die Nachfrage nach Weizen war zeitweise auf dem Promptmarkt dringend. Nach langer Zeit haben die Mehlpreise wieder etwas angezogen. Die Voraussetzungen sind bezeichnend für die ganze Situation. Im grossen und ganzen hat sich das Mehlgeschäft am Donnerstag nicht besonders gebessert, aber schon eine kleine Steigerung der Nachfrage genügte zur Preisbewegung. Die Zusammenhänge zeigen, wie stark die durch die Regierungspolitik auf den Getreidemärkten geschaffene Lage in ihren Auswirkungen zu einer Mehl- und Brotverteuerung drängt.

	15.Febr.	16.Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	191 - 193	194 - 196
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriegerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	115 - 118	115 - 118
Weizenmehl	22,75-25,90	22,75-26,15
Roggenmehl	19,75-21,75	20,oo-22,oo
Weizenkleie	8,oo- 8,30	8,oo- 8,30
Roggenkleie	8,60- 8,90	8,60- 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 209-209½-208 3/4 (208), Mai 212 - 213 - 211½ (210 3/4). Roggen März 168½-169-168 (167½), Mai 171½ bis 172-171 (170½). Hafer März 127-126½ (126), Mai 130½-129 3/4 (129½).

Milchpreis.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 17. bis 23.Februar: 1.Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter. Dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch o,5 Rpf je Liter, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf je Liter. a. a) Werkmilch 6,5 Rpf je Liter, b) tiefgekühlte Werkmilch 7,o Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag dem 17.Februar auf 75 % festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 16.Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1.Qualität 85, 2.Qualität 78, abfallende Sorten 71 Rm. Tendenz: ruhig.

Die Arbeiterwohlfahrt

FRAUENBEILAGE DES S·P·D

Nr.14 Berlin,den 16.Februar 1933

Die Frau in der Gemeinde.[x]

SPD. Wer vor kurzem Hugenbergs grosse Wahlrede, die durch den Rundfunk überallhin verbreitet wurde, gehört hat,der kann nicht im Zweifel darüber sein, dass der Kurs des neuen Regimentes darauf gerichtet ist,das Wahlrecht sowohl für den Mann wie für die Frau so gut wie illusorisch zu machen. Man solle schwarz=weiss=rot wählen,so erklärte Geheimrat Hugenberg,damit der Par= lamentarismus auf ewig abgeschafft werden könne. Denn wenn die Rechte die Mehrheit habe, dann besitze sie auch die Macht,das Parlament aufzulösen und abzuschaffen! Durch Demokratie zur Antidemokratie! Berücksichtigt man bei diesen Ausführungen noch die Stellung Hitlers zu Frauenwirken und Frauenar= beit, so dürfte jeder Frau klar werden,was die Wahlen am 5.März für unsre Zukunft bedeuten. Diesmal geht es nicht nur um bestimmte Weltanschauungen, um politische Einzelziele,sondern jetzt steht alles,was seit Jahrzehnten er= kämpft wurde, auf des Messers Schneide; Es geht für die Arbeiterschaft und für die Frau um Sein oder Nichtsein!

Wir leiden heute unter einem Uebermass von Wahlen. Ganz selbstverständ= lich muss dadurch in weiten Kreisen ein Ueberdruss entstehen. Dies ist ja auch die tiefere Absicht! Sie zu durchkreuzen durch hundertprozentige Wahl= beteiligung,ist nicht zuletzt Aufgabe der Frau,deren Stimme heute von gröss= ter Bedeutung ist. Aber es geht nicht nur um Reichstags= und Landtagswahl, sondern auch um die Gemeindewahlen, bei denen die Frauen ein entscheidendes Wort mitzureden haben und mitreden müssen, solange es noch Zeit ist. Denn ge= rade in der Gemeinde hat die Frau einen Aufgabenkreis, der noch älter,noch fester eingewurzelt ist als die parlamentarische Frauenarbeit. Leider wird diese Tatsache vor allem von den Hausfrauen,die noch niemals öffentlich ge= arbeitet haben,völlig übersehen und die Bedeutung der Gemeindewahlen damit stark unterschätzt.

Wieviele Frauen wissen,dass der Frau bereits unter der Monarchie in sehr vielen Landgemeinden ein,wenn auch beschränktes,Wahlrecht zustand? Die Be= schränkung bestand darin,dass die Frau ihr Wahlrecht nicht persönlich aus= üben durfte, sondern sich durch ihren Mann vertreten lassen musste. In den Städten dagegen besass die Frau meist nicht einmal dieses beschränkte Wahl= recht, mit Ausnahme weniger süddeutscher und mitteldeutscher Städteordnungen, die sich auf den Standpunkt der Landgemeinden stellten und Frauen für die Ge= meindearbeit heranzogen. Aber es ist bezeichnend für den Männerstaat,wie ihn jetzt Nazis und Deutschnationale wieder ersehnen,dass nirgends in Land= und Stadtgemeinden der oberste Grundsatz "Es gibt nur ein männliches Staatsbür= gerrecht!" unterbrochen wurde. Diesem Grundsatze zuliebe musste sich die Frau bei der Wahl durch einen Mann vertreten lassen. Die süddeutschen Staaten Baden und Hessen,die immerhin im Vergleich zum Untertanenstaat Preussen mit einem Tropfen demokratischen Oeles gesalbt waren,gingen insofern mit gutem Beispiel voran - und das soll ihnen gerade heute,wo die primitivsten Forde= rungen der Frauen bedroht sind, unvergessen bleiben -,als sie bereits in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Frauen zu den Gemeindeämtern her= anzogen. Frauen arbeiteten auf den Gebieten der Armen= und Waisenpflege,in den Schul= und Gesundheitsdeputationen, in Theater=, Krankenhaus=, Marktde=

putationen, also auf allen wesentlichen sozialen und kulturellen Gebieten! Von hier aus gesehen, wird auch den Gleichgültigsten die stockreaktionäre Einstellung der nationalsozialistischen Partei zum Bewusstsein kommen, die nicht nur die Errungenschaften seit 1918 zerstörten, sondern sogar noch die Monarchie von 1890 übertrumpfen will.

Und mehr noch: Im Jahre 1913 gab es, nach einer Erhebung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, nahezu 3000 in der Wohlfahrtspflege ehrenamtlich tätige Frauen, über 10 000 in der Ueberwachung von Waisen und Ziehkindern! In Krankenhaus=, Theater=, sozialen und Stiftungskommissionen usw. arbeiteten 1913 in Deutschland 460 Frauen, in der Schulverwaltung 581 Frauen. Wir sehen also, wie tief begründet gerade der Gedanke ist, die Frau in der Gemeinde mitarbeiten zu lassen, und für wie notwendig er bereits vor dem Kriege, als sich alles noch gegen Frauenrechte und Frauenwirken ausserhalb der Familie sträubte, gehalten wurde! Hier hat nicht erst die Revolution einen Anfang geschaffen, sondern sie konnte auf bereits Vorhandenem weiterbauen.

Noch eine weitere Tatsache geht daraus hervor: Nicht die Sozialdemokratie hat die Frauen nach der Revolution von 1918 aus den Familien herausgerufen, um sie in öffentlichen Aemtern arbeiten zu lassen! Man kann also ganz unmöglich der Tätigkeit der Frau in der Gemeinde, wie es immer wieder in Wahlversammlungen der Rechten geschieht, die sogenannte "Zerrüttung der Familie" zur Last legen und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen, sondern die Arbeit der Frau in der Gemeinde hat umgekehrt - man denke nur an Wohlfahrtspflege, Waisenbetreuung usw.- die Zerrüttung der Familien zu heilen versucht und auch in den verflossenen Jahrzehnten unendlich viel verhütet und geleistet. Auf der andern Seite sei gerade in diesem Zusammenhang an das grundlegende Werk des Sozialismus, das "Kapital" von Karl Marx, erinnert. Im 13.Kapitel des 4.Abschnitts hebt Marx ausdrücklich die schweren Schädigungen der Familie durch die übermässige Lohnarbeit hervor und setzt sich für die Frau und Mutter innerhalb der Familie ein. Damit fallen alle Vorwürfe gegen den Marxismus als Zerstörer der Familie in sich zusammen. Umgekehrt unterstützt gerade die Arbeit der Frau in der Gemeinde den Familienzusammenhalt, indem sie für Mutter und Kind an entscheidender Stelle eintritt. Aber weit über die Einzelfamilie hinaus dient die Frau in der Gemeinde dem Volksganzen auf allen Gebieten. Sie kämpft gegen Schmutz und Schund in Theater und Film, sie befürwortet Spielplätze und Volksparks, ganz abgesehen von den beiden uralten Frauengebieten der Krankenpflege und der Erziehung, auf denen die Frau in der Gemeinde oft Entscheidendes geleistet hat.

Es wird nur immer eine im Verhältnis zur Gesamtheit kleine Zahl besonders befähigter Frauen sein, die in der Gemeinde wirken kann. Ihnen und ihrer wertvollen Arbeit alle Möglichkeiten zu sichern, muss die Aufgabe der Wählerinnen sein. Darüber hinaus gilt es, der Partei alle Macht in die Hände zu geben, die sie gerade um ihrer Einstellung zu Frau und Familie willen verdient hat: der Sozialdemokratie, die einerseits durch ihr grosses Kulturwerk zum Schutze von Mutter und Kind sich schützend neben eheliche und uneheliche Frauen stellte, und die andererseits durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch in der Gemeinde den Einfluss der sozial nicht bevorrechteten Frau im Interesse der Aermsten des Volkes endlich so gestärkt hat, wie es in einem neuzeitlichen und sozial geleiteten Gemeindewesen notwendig ist.

-s.

Eine schöne Frau und ein zerrissenes Kleid bleiben überall hängen.
Ungarisches Sprichwort.

Der Erbe.[x]

SPD. Die mächtigen Rotbuchenscheite krachten im Kamin, und die hohen Flammen malten gespenstische Schatten an die Wände. Der alte Schurrer sass unbeweglich und starrte in die Glut, bis ihn die Augen schmerzten. Ab und zu klopfte er die Asche aus seiner Pfeife. Veronika,mit einer Flickarbeit auf dem Schoss, betrachtete voll Besorgnis den Vater. Sie wusste,etwas bedrückte ihn, und doch fürchtete sie die Gewissheit. Wenn an den Holzscheiten ein Harztropfen Feuer fing und zischend die blauen Stichflammen hervorschossen, schlug sie erschrocken das Kreuz. Denn dies bedeutete Unheil. Der Alte blickte sie etwas hämisch an,sah ihr Haar, das nicht mehr zum Kranze,sondern zu einem leichten Knoten geschlungen war, ihr Kleid, ihre Schuhe und brummte: "Bist auch so ein neumodisches Weibsbild geworden... Hättest lieber heiraten sollen..." Dann hing erwieder stumm seinen Gedanken nach,die Abend für Abend um den gleichen Punkt kreisten,immer enger,immer drohender. Wie eine Krankheit war es über ihn gekommen,dieses Nachgrübelnmüssen,wie eine unheilbare Krankheit,die unbarmherzig das Werk der Zerstörung fortsetzt.

Begonnen hatte es in der Nacht,da man seinen einzigen Sohn,Andreas,auf einer Bahre nach Hause gebracht hatte: tot.

Wie oft hatte der alte Schurrer seinem Jungen gesagt: "Andreas,das ist kein Handwerk für dich! Das hast du,als mein Erbe,nicht nötig!" Aber Andreas hatte den Alten nur ausgelacht. Gerade das Verbotene, die Gefahr reizte ihn. In jener Nacht hatten ihn die Gendarmen beim Schmuggeln ertappt,hatten ihn, der ihr "Halt!" nicht hörte und die Flucht ergriff,erschossen.

Vier Monate war es nun her,das der Vater seinen Andreas hinauf zum Bergfriedhof begleitet hatte, und noch immer starrte er Abend für Abend in die Flammen und konnte nichts denken als: "Was nun? Was nun?" Mit dem Sohn hatte er auch seinen Namen begraben. Sollte damit der Traum seines Lebens erloschen sein? Seit seiner Kindheit war er von dem Gedanken beseelt gewesen,einmal ein reicher Bauer zu werden, vor dessen Namen das ganze Dorf sich in Ehrfurcht neigen sollte. So war er als junger Bursche,wie viele seinesgleichen,nach Amerika ausgewandert und als reicher Mann zurückgekehrt. Und nun gehörten ihm der schönste Hof, Weingärten und Ackerland,so weit er blicken konnte. Aber sein Name? Wer würde den nach seinem Tode noch tragen? Wenn auch Veronika heiraten und Kinder haben würde, seinen Namen trügen sie nicht. Und das frass ihm an Hirn und Herzen. Das Schicksal hatte ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Jetzt galt es,dem Schicksal ein Schnippchen zu schlagen! Aber leicht war das nicht...

"Vroni!"

Das Mädchen blickte den Alten erstaunt an. Wie lange hatte der Vater sie nicht mehr bei diesem Kosenamen genannt! Er wurde immer wunderlicher. Auch der Klang seiner Stimme,der sonst hart war, erschien ihr verändert, - milder. Beinahe sanft, leise, als spräche er mit sich selber,sagte er: "Siehst,Vroni, nun ist der Andreas schon so lange tot. Und bald wird's überhaupt keinen Schurrer mehr geben."

"Ist's meine Schuld? Hättest halt aus mir einen Buben machen sollen.Lieber wär mir's schon gewesen."

"Ich sag' ja nichts von Schuld,Vroni",fuhr der Vater wie im Traume redend fort. "Aber schau,es liegt doch in deiner Hand..."

In ihrer Hand? War er nicht mehr bei Verstande? Sie wusste nicht,was er meinte. Und nach einer Weile,während deren man nichts hörte als das unheilvolle Zischen der blauen Stichflammen,flüsterte er: "Ein Mittel wüsst' ich... Das einzige..."

Noch immer nicht verstand sie.

"...wenn du...ein Ledigenkind...hättest!" stiess er hervor. So,- nun war's

gesagt, was ihn mondelang gewürgt hatte.

"Vater!"

Ihre Augen hatten so hart und entsetzt ausgesehen,dass der Alte sich auf der Bank am Kamin zusammenduckte,als hätte ihn jemand geschlagen. Und doch sprach er weiter,kaum hörbar, wie verklärt: "Gut sollt' er's haben,der Bub..."

\+ + +

Wieder vergingen Monde. Der Krieg brach aus. Die Welt schien aus den Fugen zu geraten. In dem einsamen Gebirgsdorfe dröhnten die Kanonen und weckten hundertfach schauriges Echo aus den Tälern und von den kahlen Felswänden. Aengstliche flohen. Das halbe Dorf stand verlassen. Der alte Schurrer blieb. Er wollte,wenn es sein musste,auf seiner Scholle krepieren. Mit ihm blieb Veronika. Verwundete waren überall untergebracht. Auch auf dem Schurrerhofe lag einer. Veronika pflegte ihn gut und zart. Als er wieder fort musste,hatte er ein langes Gespräch mit dem Alten. Ob er,wenn Gott ihn am Leben liesse,zurückkommen dürfte, hatte der Korporal gefragt. Er stehe allein in der Welt. Das müsse er schon mit Veronika ausmachen,meinte der Alte kurz,denn er war dem Korporal nicht wohlgesinnt. Später,wenn der Krieg aus sei,könne man ja davon sprechen. So zog der Korporal davon, traurig, doch nicht hoffnungslos.

Der Krieg nahm seinen Lauf. Endlich verkündeten auch im kleinen Dorfe die Glocken den Frieden. Die Aengstlichen kehrten zurück,und alles schien wie zuvor zu sein.

Eines Tages fragte der Alte: "Was meinst du,Veronika,soll ich eine Kriegswaise zum Sohn annehmen?" Veronika sah den Vater erstaunt an. Darn glitt ihr Blick scheu an ihrem Leibe hinab. War er denn blind,der Vater? "Vater,...", sagte sie stockend, "wart' noch ein bissel..." Da rief der Alte,der nichts ahnte,höhnisch: "Wart' noch! Wart' noch! Auf was soll ich denn warten? Ich hab' nimmer viel Zeit in meinem Leben...." Veronika unterbrach den Alten: "Vater...,vielleicht wird's ein Bub..."

Den Alten trafen diese zagen Worte wie ein Blitz. Er riss die Augen auf, und endlich verstand er. "Tja,wär' es denn wahr,Vroni? Du? Tja,dann wär's ja ein leibhaftiger Schurrer! Blut von meinem Blut! Kein hergelaufenes,fremdes Kind! ... Aber gnade dir Gott,wenn's kein Bub wird!"

Es wurde wirklich ein Bub. Veronika schenkte einem Knaben das Leben und gab ihres dafür hin. Der Alte hütete das Kind wie ein Heiligtum. Er trug es voll Stolz umher und hielt ihm die feisteste Amme des Dorfes.

Wie er eines Tages in der Sonne sass,das Kind auf den Knieen,knarrte die Hoftür: ein Kriegsinvalide humpelte suchend herbei. Da stieg etwas Böses in dem Alten auf, ein Hass,eine Angst.

"Ich bin gekommen",sagte der Korporal, "das Wort einzulösen,das ich der Veronika gab..."

"Da kommst zu spät",sagte der Alte und sah den Invaliden lauernd an. "Die Vroni ist tot..."

Der Knabe auf seinen Knieen begann zu weinen.

"Und das...ist das Veronikas Kind?"

"Nein!" schrie der Alte und krampfte seine dürren Finger um das Kind. "Das ist mein Kind!" Und er trug seinen Buben ins Haus.

Er kam noch einmal zurück. Ohne das Kind. Sprach mit dem Korporal,der, von neuem verwundet, in Gefangenschaft geraten und darum nicht eher zurückgekehrt war. Bot ihm,wie man es einem jeden tut,eine Prise Tabak und nicht mehr.

Dann verliess der Korporal zum andern Male den Schurrerhof.

Thea Reimann-Weide.

Das Klima eines Zimmers.[x]

SPD. In unsern Wohnstuben herrscht, namentlich bei geschlossenen Fenstern, von einer Pflanze aus beurteilt, das Klima einer dunklen, mässig warmen Wüste. Die Lichtzufuhr ist sehr gering, die Temperatur hoch, die Lufttrockenheit ausserordentlich. Unter solchen Verhältnissen können sich nur solche Gewächse wirklich wohl fühlen, die aus Wüsten oder Steppen stammen, und auch die werden nie richtig gedeihen, wenn sie nicht unmittelbar am Fenster stehen. Diese wenigen Sätze erklären es schon, warum die rotblühende Pelargonie die "Stubenpflanze an sich" geworden ist. Denn sie ist ein Kind des Kaplandes und als solches dem Wüstenklima angepasst. Deshalb sind ihre Blätter mit einem dichten, wolligen Pilz versehen, der aus Drüsenhaaren besteht, die sowohl die Verdünstung hindern als auch der Pelargonie gestatten, die geringe Feuchtigkeit aus der Zimmerluft aufzusaugen. An ihrem Wassergehalt hält die Pflanze fest bis zum äussersten. Durchschneidet man den Stengel, so fliesst kein Saft aus, denn er ist erfüllt von einem zähen, wasserhaltigen Schleim. Er ist also ein Wasserbehälter, aus dem die Pelargonie schöpft in den Tagen der Not. Daher kann es diese Pflanze auch leichter als andre ertragen, wenn einmal einige Tage hindurch das Giessen unterbleibt.

Das Gleiche gilt auch für die Kakteen, die so gut wie kein andres Gewächs in das Wüstenklima des Zimmers passen. Auch sie sind mit Schleim erfüllt, besitzen aber noch eine Trockenheitsanpassung, die bei ihnen geradezu ideal entwickelt ist, nämlich die Verkleinerung der wasserverdunstenden Oberfläche. In ihrer Heimat entbehren sie monatelang jeder Wasserzufuhr; sie haben daher die Blätter, aus denen die Pflanze das meiste Wasser abgibt, ganz abgeschafft. Was man als Kakteenblatt" bezeichnet, ist gewöhnlich der Stamm, der die Tätigkeiten des Blattes ausübt und dazu die sonderbarsten Formen annimmt. Aber auch er schützt sich vor jeder übermässigen Verdunstung und entwickelt zu diesem Zweck eine derbe Oberhaut mit besonders wenigen Poren, überzieht sich häufig mit einem korkähnlichen Schutzstoff oder deckt sich mit Haaren zu, wie das drollig feierlich anzusehende Greisenhaupt (Pilocereus), das wohl jeder schon, wenigstens in der Blumenhandlung, gesehen hat.

Zum Klima des Zimmers gehört aber auch dessen Lichtmangel. Von ihm hat man den richtigen Begriff, wenn man zum Nachbarfenster hinüberblickt. Wie eine dunkle Höhle starrt es uns entgegen, und wir muten auch jeder in der Stube gehaltenen Pflanze die Existenz einer Höhlenpflanze zu. Darum fort mit allen Blumentischen! Was man nicht vor dem Fenster halten kann, das darf nirgends anderswohin gestellt werden als auf das Fensterbrett selbst. Schon dort ist nur die Hälfte bis ein Drittel der Lichtmenge vorhanden wie unter freiem Himmel. Das hat uns die neuere botanische Forschung mit ihren Lichtmessungsinstrumenten gezeigt; das wissen aber auch die Bauern schon längst, und darum findet man nirgends so schöne Zimmerblumen - immer am Fenster! - wie auf dem Lande.

Dr. R. Francé.

Letzter Ausweg.[x]

SPD. "Merkwürdig!" - Der alte Krause liess die Abendzeitung sinken und blickte lauschend zur Zimmerdecke empor. "Merkwürdig", wiederholte er dann und schüttelte dabei verwundert den Kopf.

"Was hast du denn?" fragte seine Frau, die eben ins Zimmer trat. "Was ist denn so merkwürdig?"

"Da oben,bei der Müllern, so ruhig und still ist's bei der heute. Sonst rattert doch ihre Nähmaschine bis tief in die Nacht hinein. Vielleicht ist sie krank, die Frau; elend genug schaut sie aus."

"Was du denkst! Sie wird halt auch einmal ausgegangen sein. Siehst doch immer gleich schwarz,Alter."

"Hm,hm!" Der alte Krause nahm seine Zeitungslektüre wieder auf...

Am nächsten Abend war es das Gleiche. Krausens sassen wieder in ihrem Zimmer, er bei der Zeitung,sie beim Strickstrumpf. Diesmal war es die Frau, die das gewohnte gedämpfte Rattern der Nähmaschine vermisste. Sie machte ihren Mann darauf aufmerksam, und dieser schüttelte wieder verwundert und noch besorgter den Kopf. "Da stimmt etwas nicht", meinte er, und nachdem sie eine Zeitlang vergeblich gelauscht hatten, fragte er die Frau: "Hast du die Müllern heute eigentlich schon gesehen?"

"Nein,heute nicht und gestern auch nicht",entgegnete sie. "Man müsste sich einmal umschauen bei ihr. Sie ist so allein dort oben in ihrer Mansarde; wer weiss,vielleicht ist sie doch nicht ganz wohl."

Die beiden alten Leute klopften erst leise,dann immer stärker und stärker an die Tür der Näherin. Aber nichts regte sich. Nur das gedämpfte Ticken einer Wanduhr war zu hören. Diese Laute machten die Stille noch fühlbarer und unheimlicher. "Wir müssen etwas unternehmen",sagte der alte Krause in seiner bedächtigen Art zu seiner Frau. In seiner Stimme jedoch schwang ein Ton von Angst, einer Ahnung vor etwas Schrecklichem.

Als sie nach kurzer Zeit mit einem Schutzmann und einem Schlosser zurückgekommen waren und die Tür erbrochen hatten, schlug den vieren sofort eine Welle gasgeschwängerter Luft entgegen. Mit vorgehaltenem Taschentuch sprang der Polizist beim Schein seiner elektrischen Taschenlampe zum Fenster und riss es weit auf. Kühle Nachtluft flutete ein...

Der armen Müllern aber war nicht mehr zu helfen! In der winzigen Küche ihrer armseligen Mansardenklause hingestreckt lag sie,regungslos, tot. Auf der Nähmaschine fand man einen Zettel, der in erschütternder Kürze das Schicksal dieser unglücklichen Frau enthüllte. Sie hatte miserabel bezahlte Heimarbeit und wusste schliesslich nicht mehr ein noch aus vor Not und Sorgen, trotzdem sie zuweilen die ganze Nacht beim schlechten Lichte der Petroleumlampe an der Maschine sass und nähte. "Ich kann nicht mehr", lauteten die letzten Worte, die sie geschrieben hatte.

"Ach,sie war doch immer so fleissig, sooo fleissig,die Müllern," schluchzte die alte Frau Krause, "soo fleissig".

"Und sie wäre nie zu diesem traurigen Schritte gezwungen gewesen,hätte man ihre Arbeitskraft nicht so brutal ausgebeutet und den Fleiss ihrer Tage und Nächte mit Bettelpfennigen entlohnt", haderte der Alte und zog seine Frau sachte vom Schauplatz dieser Tragödie unsrer Zeit fort.

Geo Steeg.

SPD. <u>Schwerer Dienst am Kunden.</u>[x] Die wählerische Käuferin wühlte stundenlang in den Stoffen herum. Endlich kaufte sie etwas: Zwei Meter Stoff für eine Bluse,den Meter zu sechzig Pfennig. Seufzend sprach der Verkäufer,als die Kundin den Laden verlassen hatte: "Lerne kleiden, ohne zu klagen."

Es ist besser, mit dem Fusse als mit der Zunge zu stolpern.

Ungarisches Sprichwort.